



Datenschutzhinweise gem. Art. 13 und 14 der Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) für die Verarbeitungstätigkeit: Meldeangelegenheiten

Stand: 02/2022

1. Verantwortlicher für die Datenverarbeitung, Art. 13 Abs. 1 a) und b), Art. 14 Abs. 1 a) und b):

Stadt Rinteln, vertreten durch Frau Bürgermeisterin Andrea Lange, Klosterstr. 19, 31737 Rinteln, Tel.: 05751-403-0, E-Mail: stadtverwaltung@rinteln.de

2. Kontaktdaten des Datenschutzbeauftragten:

Den zuständigen Datenschutzbeauftragten Herrn Jörg Begemann erreichen Sie unter der Telefonnr.: 05751-700-57 oder folgender E-Mail-Adresse: datenschutz@rinteln.de

3. Erhebung und Verarbeitung personenbezogener Daten, Art. 13 Abs. 1 c) und e); Art. 14 Abs. 1, Art. 14 Abs. 5 b):

Zweck ist das Speichern personenbezogener Daten über die im Zuständigkeit der Meldebehörde wohnhaften Personen (Einwohner) zu registrieren, um deren Identität und Wohnung nachweisen zu können. Rechtsgrundlage ist Art. 6 DSGVO i.V.m § 2 Bundesmeldegesetz (BMG). Die im Melderegister gespeicherten Daten werden im Rahmen der Vorschriften zur Erteilung von Melderegisterauskünften, Datenübermittlungen sowie zur Erfüllung der Aufgaben anderer öffentlicher Stellen im In- und Ausland verwendet. Rechtsgrundlagen §§ 33 ff BMG, §§ 42 ff BMG, 1. und 2. Datenübermittlungsverordnung.

4. Folgende personenbezogenen Daten werden verarbeitet:

Familienname, frühere Namen, Vornamen unter Kennzeichnung des gebräuchlichen Vornamens, Doktorgrad, Ordensname, Künstlername, Geburtsdatum und Geburtsort sowie bei Geburt im Ausland auch den Staat, Geschlecht, Informationen zum gesetzlichen Vertreter, Auskunftssperren (§ 51 BMG) und bedingte Sperrvermerke (§52 BMG), Übermittlungssperren, derzeitige Staatsangehörigkeiten, rechtliche Zugehörigkeit zu einer öffentlich-rechtlichen Religionsgesellschaft, derzeitige und frühere Anschriften, Ein-, Auszugs- und Wegzugsdaten, Familienstand, Informationen zum Ehegatten oder Lebenspartner, Informationen zu Kindern, Informationen zur Ausstellung von Ausweisdokumenten (Ausstellungsbehörde, Seriennummer usw.) und die Seriennummer des Ankunfts nachweises nach § 63a (1) Nr. 10 des Asylgesetzes.

5. Herkunft der personenbezogenen Daten:

Sofern die personenbezogenen Daten nicht bei Ihnen direkt erhoben wurden, beziehen wir die Daten von anderen Meldebehörden, Standesämtern, Ausländerbehörden, Staatsangehörigkeitsbehörden, Gerichten, Namensänderungsbehörden, Konsularbeamten und Jugendämtern.

6. Empfänger oder Kategorien von Empfängern der personenbezogenen Daten:

Ihre personenbezogenen Daten werden teilweise an Meldebehörden, Standesämter, Rentenversicherungsträger, Bundeszentralamt für Steuern, Kraftfahrtbundesamt, Bundesjustizamt, andere öffentliche Stellen im In- und Ausland, Religionsgemeinschaften, Suchdienste, Privatpersonen und nicht öffentliche Stellen auf Antrag weitergegeben.

7. Speicherdauer, Art. 13 Abs. 2 a), Art. 14 Abs. 2 a):

Nach dem Wegzug oder Tod des Einwohners hat die Meldebehörde alle Daten, die nicht der Feststellung der Identität und dem Nachweis der Wohnung dienen sowie nicht für Wahl- und Lohnsteuerzwecke oder zur Durchführung von staatsangehörigkeitsrechtlichen Verfahren erforderlich sind, unverzüglich zu löschen. Nach Ablauf von fünf Jahren seit Wegzug oder Tod des Einwohners werden die zur Erfüllung der Aufgaben der Meldebehörden gespeicherten Daten für die Dauer von 50 Jahren aufbewahrt und durch technische und organisatorische Maßnahmen gesichert.

8. Betroffenenrechte:

Nach der Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) stehen Ihnen folgende Rechte zu:

- Recht auf Auskunft (Art. 15 DSGVO)
- Recht auf Berichtigung oder Löschung (Art. 16 und Art. 17 DSGVO)
- Recht auf Einschränkung der Verarbeitung (Art. 18 DSGVO)
- Widerspruchsrecht gegen die Verarbeitung (Art. 21 DSGVO)
- Recht auf Datenübertragbarkeit (Art. 20 DSGVO)

Beruht die Verarbeitung der personenbezogenen Daten auf Ihrer Einwilligung gem. Art. 6 Abs. 1 a) DSGVO, können Sie diese **jederzeit widerrufen**; die Rechtmäßigkeit der aufgrund der Einwilligung bis zum Widerruf erfolgten Datenverarbeitung bleibt hiervon unberührt.

Weiterhin besteht ein Beschwerderecht bei der niedersächsischen Aufsichtsbehörde für den Datenschutz-Landesbeauftragte für den Datenschutz, Prinzenstraße 5, 30159 Hannover, Telefon: 0511/120-4500, E-Mail: poststelle@lfd.niedersachsen.de

9. Weiterverarbeitung der personenbezogenen Daten, Art. 13 Abs. 3, Art. 14 Abs. 4:

Ist beabsichtigt, die personenbezogenen Daten für einen anderen Zweck weiterzuverarbeiten als den, für den sie im Antragsverfahren erhoben wurden, so stellt das Bürgerbüro der betroffenen Person vor dieser Weiterverarbeitung Informationen über diesen anderen Zweck und alle anderen maßgeblichen Informationen zur Verfügung.